

PRESSEMITTEILUNG

07.09.2017

SCHOSTOK WILL VON VERSAGEN DER STADTFÜHRUNG BEI LUFTREINHALTUNG IN HANNOVER ABLENKEN!

Angesichts der massiven Kritik von Oberbürgermeister Schostok am zweiten Dieseltreffen in Berlin und an dem damit verbundenen Vorgehen des Bundes, erklärt der umweltpolitische Sprecher der **CDU**-Ratsfraktion, **Maximilian Oppelt**: „Herr Schostok zeigt sich von den Ergebnissen des Dieseltreffens enttäuscht und macht mit seiner Kritik Wahlkampf in Berlin, anstatt in Hannover seine Hausaufgaben zu erledigen. Die Kritik von Herrn Schostok am Bund ist ein klassisches Ablenkungsmanöver, er will vom Versagen der Stadtführung beim Thema saubere Luft ablenken. Die Stadtführung hätte schon längst einen Luftreinhalteplan mit Maßnahmen wie einer Verflüssigung des Verkehrs durch intelligente Ampelschaltungen, mehr Park- and- Ride- Plätzen und mehr Förderung für alternative Antriebstechniken vorlegen und in Kraft setzen müssen, um Diesel-Fahrverbote in Hannover zu verhindern. Das finanzielle Angebot der Bundesregierung vom zweiten Dieseltreffen ist jedenfalls eine wichtige Unterstützung zur Senkung der Dieselabgase in den Städten und kommt allein den Kommunen zugute“, so **Oppelt**.

Oppelt weiter: „Diesel-Fahrverbote bedeuten faktisch eine Enteignung der Autofahrer, sind auch sozial absolut ungerecht und müssen unbedingt verhindert werden. Leider sitzen der Oberbürgermeister und seine Umweltdezernentin das Thema schon lange aus und verweigern die Mitarbeit der Stadt Hannover an der Lösung des Problems. Anstatt die Verantwortung bei anderen zu suchen, sollte der Oberbürgermeister seiner Pflicht gerecht werden und endlich den seit langem angekündigten Luftreinhalteplan auf den Weg bringen. Der Luftreinhalteplan wurde bereits für den Beginn des Frühjahres 2017 versprochen und liegt nun – nach mehrmaligen Verschiebungen – immer noch nicht vor. Die Stadtspitze muss jetzt endlich handeln, schließlich ist sie in der Verantwortung, für eine saubere Stadtluft zu sorgen und Diesel-Fahrverbote für die Hannoveraner zu vermeiden. Der von der Deutschen Umwelthilfe angedrohten Klage könnte die Stadt wesentlich gelassener entgegenblicken, wenn sie rechtzeitig wirksame Maßnahmen gegen den Ausstoß von Stickoxiden wie beispielsweise eine in der gesamten City greifende grüne Welle etabliert hätte.“

Mit Blick auf die angedrohte Klage durch die Deutsche Umwelthilfe ergänzt **Oppelt**: „Diese Organisation darf nicht die Industriepolitik in unserem Land bestimmen. Die Autokonzerne müssen sich ohne Frage bewegen. Wir müssen allerdings maßvoll vorgehen und sollten aufpassen, dass wir vor dem Hintergrund der tausenden Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie in Hannover und mit Blick auf den überaus gewichtigen Beitrag der Autoindustrie zur Wertschöpfung in Deutschland, nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen.“

**Kontakt: Maximilian Oppelt, umweltpolitischer
Sprecher der CDU-Ratsfraktion, Tel.: 0177 – 31 86 752**



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER